

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. F. Daube & Co.,
Invalidentank.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
H. Mosse,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. F. Daube & Co.,
Invalidentank.

Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Nr. 740

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
am Morgen um 6 Uhr, am Mittag um 12 Uhr und
am Abend um 6 Uhr. Der Abonnementspreis beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5.25 M. Beilagen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 22. Oktober.

Inserate, die kriegspolizeiliche Beilagen der Posener Zeitung
an den Morgen- und Mittagsausgaben 20 Pf., an der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den Morgen- und
Mittagsausgaben bis 5 Uhr Vormittags, für die
Morgen- und Mittagsausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Deutschland.

Δ Berlin, 21. Okt. [Staatsrechtliche Subtilitäten.] Die Erörterung über die Abhängigkeitsstellung der Staatssekretäre ist durch scharfe Bemerkungen eingeleitet worden, mit denen die „Hamburger Nachrichten“ auf die Rechtfertigung des Herrn v. Bötticher inbetreff seines Verhältnisses zum Fürsten Bismarck antworteten. Fürst Bismarck ist der ausgesprochenen Meinung, daß Herr v. Bötticher nicht nur als Staatssekretär keine eigene Ansicht zu vertreten hatte, sondern daß er auch als Minister ohne Portefeuille im preussischen Staatsministerium einzig die Aufgabe hatte, den Reichskanzler und seine Politik im Ministerium zu vertreten, soweit der Kanzler dazu nicht selber im Stande war. Ob diese, jedenfalls rein subjektive Meinung des ehemaligen Reichskanzlers zutrifft oder nicht, darüber ist bereits ein kleiner Tintenstrom ausgegossen und verbraucht worden. Unter verständigen Leuten kann es doch aber gar keinen Zweifel daran geben, daß die von den „Hamburger Nachrichten“ entwickelte Theorie unbaltbar ist. Nicht um dies Selbstverständliche ganz überflüssiger Weise nochmals zu beweisen, thun wir der Sache Erwähnung. Wohl aber ist der Anlaß geeignet, um diesen und ähnlichen spitzfindigen Erörterungen, die wir überreichlich schon gehabt haben und wahrscheinlich noch haben werden, die ganz einfache Erwägung entgegenzusetzen, daß alle staatsrechtlichen Doktrinen in Bezug auf Amtersabgrenzung und Amtersausfüllung vor den Bedürfnissen der praktischen Verthätigung dahinschmelzen. Nichts ist deshalb gleichgültiger und auch inhaltsleerer als solche Doktorfragen. Fürst Bismarck selber war es, der in dieser Hinsicht das lebendige Leben höher als die graue Theorie gestellt hat, und die Maschine der Reichs- wie der Staatsverwaltung arbeitet ja auch in technischer Beziehung ganz gut fort, während die Fragen der komplizierten Amtersverhältnisse an den leitenden Stellen der beiden höchsten politischen Verwaltungsgebiete immer noch nicht befriedigend beantwortet sind. Schließlich kommt es darauf hinaus, daß jeder Minister und Staatssekretär, ob er in der Kollegialverfassung oder in einem Unterordnungsverhältnis stehen mag, genau so viel Macht und Einfluß hat, wie er nach dem Maße seiner Begabung und seiner Persönlichkeit auszuüben vermag.

Am Mittwoch werden der Minister Dr. Bosse und der Referent für das technische Unterrichtswesen, Geheimrat Dr. Wehrenpfennig, sich nach Hannover zu der am Donnerstag stattfindenden Einweihung eines Neubaus begeben, der an der dortigen polytechnischen Hochschule insbesondere für das elektrotechnische Institut errichtet worden. Dasselbe hat sich unter Professor Kohlrauschs Leitung außerordentlich entwickelt; die Zahl der Hörer ist von 11 auf 200 gestiegen. Die bezüglichsten Institute in Berlin, Hannover und Darmstadt sind die bedeutendsten unter den jetzt bestehenden.

L. C. Die „Konservative“, „Kolb. Volksztg.“ fühlt sich gedrungen, dem Verfasser des Artikels der sozialdemokratischen „Neuen Zeit“, der ein Gegenstück zu dem Fall Hammerstein im freisinnigen Lager entdeckt haben will, zu Hilfe zu kommen. Sie zitiert mit Behagen die Bemerkungen der „N. Zeit“ über das Verhalten des „Abkommandierungs-Hermes“ und bemerkt dann: „Den Freisinnigen ist natürlich von diesem Falle „nichts bekannt“. Dem Uebelstand wird aber wohl abgeholfen werden, denn Herr Hermes, der plötzlich ohne besonders triftige Gründe sein Landtagsmandat niedergelegt hat, wird doch sicher diese ehrenrührige Behauptung, er habe sich einer mit dem Strafgesetzbuch im Widerspruch stehenden Handlung schuldig gemacht, nicht auf sich sitzen lassen.“ Die Einschließung, daß Herr Hermes plötzlich ohne besonders triftige Gründe sein Landtagsmandat niedergelegt habe, ist darauf berechnet, die Leser irre zu führen. Sollte die „Kolb. Volksztg.“ wirklich nicht wissen, daß nicht der „Abkommandierungs-Hermes“, sondern Herr Hugo Hermes sein Mandat niedergelegt hat?

Auch die preussische Staatsbahnverwaltung geht jetzt daran, eine Verminderung des entbehrlichen Schreibwesens herbeizuführen. Verschiedene Eisenbahn-Direktionen haben bereits Verordnungen über die Behandlung der Geschäftssachen erlassen.

Dr. Haas, der bekannte protestantische Reichstags-Abgeordnete, hat also nun endlich sein Mandat niedergelegt und die Befriedigung über diesen Schritt, auf den man leider zu lange warten mußte, ist wohl eine allgemeine. Das Schreiben, mit dem Haas von seinen Wählern Abschied nimmt, lautet: „Liebe Mitbürger! Dringende Familienangelegenheiten zwingen mich, Elsfeld-Verträgen zu verlassen. Zudem ist mein Reichstagsmandat, mit dem Sie mich am 15. Juni 1893 betraut haben, niedergelegt, habe ich das Bewußtsein, dem Programm, auf welches hin Sie mich gewählt haben, treu geblieben zu sein. Weder die heftigen Angriffe und niedrigen Beleidigungen einer chauvinistischen Presse, noch die strenge Maßregel, welche die Regierung gegen mich als Arzt anwenden zu müssen glaubte, um den politischen Mann zu treffen, haben mich dahin gebracht, von dem Wege abzuweichen, den Sie mir vorgezeichnet haben. Liebe Mitbürger! In letzter Zeit haben sich in unserem Lande bedauerliche

Schwächen kundgegeben. Ich habe die Ueberzeugung, daß Sie in Vorbringen nur einem selbständigen Manne auftragen werden, Sie im Reichstage zu vertreten, der gewillt ist, der Sache des Rechtes und der Gerechtigkeit nicht auszuweichen und die Drohungen sowohl wie Versprechungen unbeachtet, ohne Gnade und Barmherzigkeit gegen das Regime der Unterdrückung und der Willkür, das allen Völkerrrechten zum Hohne noch nach fünfundsiebenzig Jahren Annerkennung auf Elsfeld-Verträgen lastet, protestieren wird. Denken Sie an den von mir angenommenen Wahlspruch: Fais ce que dois et advienne que pourra. Dr. A. Haas. Nancy, den 18. Oktober 1895.“

Man erhebt aus diesem Schreiben, daß ein Mann mit solchen Ansichten thatsächlich nicht in den deutschen Reichstag paßt.

Die „Post“ erzählt, daß der Finanzminister auch jetzt wieder an seinem langjährigen Uebel, der hartnäckigen Schlaflosigkeit, leidet, von welcher schon im Sommer berichtet worden ist.

Der Oberst v. Albedyll, Kommandeur des 24. Infanterie-Regiments, ist unter Stellung à la suite des Regiments zum Kommandanten von Olasz ernannt worden.

Der in türkischen Diensten stehende preussische Generalmajor v. Freiherr von der Goltz Pascha, der die Funktion des Sous-Chefs des Generalstabes und des Inspektors der Militär-Bildungsanstalten ausübt, wird am 7. November bestimmt aus diesem Dienstverhältnis ausgeschieden, nachdem, wie wir seiner Zeit meldeten, er am 6. Mai seinen Kontrakt mit der türkischen Regierung gekündigt hat, so daß an dem bezeichneten Tage die kontraktgemäße sechsmonatliche Kündigungsfrist abläuft.

In Dortmund hatte der Vorstand der Freisinnigen Volkspartei an den national-liberalen Kandidaten Möller einige dem Herrn sehr unbehagliche Fragen gestellt, und Möller mußte wohl oder übel Farbe bekennen. Es handelte sich darum, ob sich Möller für Aufrechterhaltung des Wahlrechts erkläre, ob er ein Gegner von Ausnahmeseiten sei, ob er für die Politik der Handelsverträge eintrete und die Tabaksteuer bekämpfe werde. Die abgegebenen Erklärungen des Herrn Möller, namentlich in Bezug auf Handelsverträge und Ausnahmeseiten befriedigten nicht ganz, so daß der Vorstand beschloß, den Parteigenossen bei der Wahl freie Hand zu lassen.

Einem Antrage des Vereins „Leipziger Presse“ Folge gebend, hat Landgerichtspräsident Bräuer in Leipzig die Bestellung eines ständigen gerichtlichen Sachverständigen für Preßangelegenheiten beim dortigen Landgerichte angeordnet. Als solcher ist Herr Sakst, Redakteur am „Leipziger Tageblatt“, erwählt und an Gerichtsstelle verpflichtet worden.

Münster, 20. Okt. Der „Germania“ wird von hier geschrieben: „In die Polizeistundenaffäre will immer noch kein Licht kommen. Wie es heißt, glaubt der Oberbürgermeister für das ganze Vorgehen die hiesige Regierung, speziell den Regierungspräsidenten Schwarzenberg verantwortlich machen zu dürfen. Dann bildet aber die Thatsache, daß der Herr Oberbürgermeister an die Stadtverordneten den schriftlichen Antrag gestellt hatte, ihm 350 Mark zu bewilligen zur Anschaffung von Revolvern, um damit die Polizei zu bewaffnen, hierzu eine eigenthümliche Illustration. Gestern ist der bereits eingereicht gewesene Antrag wieder zurückgenommen worden. Angesichts dieser Thatsache darf man aber doch fragen: Hatte der Herr Oberbürgermeister zu einem derartigen Vorgehen Anweisung seitens des Herrn Regierungspräsidenten, eventuell hat er auf höhere Befehl seinen Antrag wieder zurückgezogen? — Licht! Licht!“

Aus dem Gerichtssaal.

O. M. Das Kammergericht beendigte am 14. d. Mts. einen für Jurawerksbesitzer bemerkenswerthen Rechtsstreit, dem folgender Thatbestand zu Grunde lag. Einem gewissen Eit war zur Last gelegt worden, sich gegen die Regierungs-Verordnung vom 14. Oktober 1885 dadurch vergangen zu haben, daß er in Kosten an der Britische keine Namenstafel hatte; ferner wurde auch festgestellt, daß der Angeklagte auf der Britische ein Paket und einen Sad mit Brot gehabt hatte. Eit machte sodann zu seiner Verteidigung geltend, daß jene Regierungsverordnung sich nur auf Wagen beziehe, welche bestimmt sind, Produkte, Waaren u. fortzutransportieren; die Verordnung gilt aber nicht für solche Wagen, welche zum Personentransport bestimmt seien. Das Schöffengericht zu Posen verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe, da er mit seiner Britische nicht nur Personen, sondern auch zwei Pakete befördert habe; hieraus ergebe sich, daß der Angeklagte in der That seine Britische auch zum Waarentransport benutzt habe. Gegen diese Entscheidung legte der Angeklagte Berufung beim Landgericht in Billa ein und beantragte seine Freisprechung. Die Strafkammer in Billa trat indessen dem Schöffengericht zu Kosten bei und verwarf die Berufung des Angeklagten. Nunmehr ergriß letzterer das Rechtsmittel der Revision beim höchsten preussischen Gerichtshof und behauptete, der Vorbericht habe die Regierungsverordnung vom 14. Oktober 1885 rechtsirrtümlich angewendet. Die Britische sei in der Hauptsache ein Wagen zur Personenbeförderung und bedürfe daher keiner Namenstafel; der Hauptzweck und die ursprüngliche Bestimmung eines Wagens sei allein maßgebend und nicht der Umstand, daß auf der Britische bisweilen ein Paket mitgenommen werde. Das Kammergericht entschied aber gleichfalls zu Ungunsten des Angeklagten und erachtete die Vorentscheidung nicht rechtsirrtümlich.

Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts. Die in den örtlichen Hundesteuer-Regulativen ausgesprochene Steuerfreiheit von Hunden, welche auf holländischen Grundstücken zur Bewachung nötig sind, erstreckt sich, nach einem Urtheil des Ober-Verwaltungsgerichts, II. Senat, vom 10. April 1895, nicht ohne weiteres auf Hunde, welche von Ortsanwohnern zur Bewachung holländischer Grundstücke, die außerhalb des Gemeindebezirks liegen, gehalten werden.

Die Einrichtung von Aborten an Plätzen, auf welchen sich dauernd oder zeitweise unter Zulassung des Eigentümers Menschen versammeln (besonders auf einem städtischen Platz, auf welchem zeitweise Schaubudenbesitzer mit ihren Känstlern sich aufhalten und ihre Aufführungen vor dem Publikum veranstalten), gehört nach einem Urtheil des Oberverwaltungsgerichts, I. Senat, vom 24. Mai 1895, zur Gesundheits- und Ordnungspolizei, und die Polizeibehörde ist demnach befugt, den Eigentümer des Platzes zur Einrichtung von Aborten anzuhalten.

Kattowitz, 21. Okt. Die Beuthener Strafkammer verurtheilt laut heute publiziertem Urtheil den Gastwirt Theodor Müller und den Kaufmann Moritz Weisenberg wegen Stempel-Interzelektion zu je 4200 M. Strafe, weil sie den Urkundenstempel nicht rechtzeitig kasstirt hatten. Der Auflassungsstempel war gerichtlich kasstirt und bezahlt. Nach dem neuen Gesetz betr. Stempel vom 25. Juni d. J. hätte Strafslosigkeit eintreten müssen; doch war der Verkauf noch vor dieser Zeit, also unter der Gültigkeit des alten Gesetzes erfolgt.

Prenzlau, 20. Okt. Der wiederholt aus Gefängnissen entflohen, angeklagt „von Vergeltung“ wurde am 16. d. Mts. aus Landsberg a. B. in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert, um wegen verschiedener Straftthaten am 17. vor der Strafkammer des Landgerichts abgeurtheilt zu werden. Zu dieser Verhandlung waren 28 Zeugen aus verschiedenen Orten vorgeladen. Es handelte sich um Betrug in mehreren Fällen, Unterschlagung, Urkundenfälschung, einfachen und schweren wiederholten Diebstahl. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 5 Jahren Zuchthaus. Wegen schweren Diebstahls in zwei Fällen soll noch ein Zeuge vernommen werden, so daß die Verhandlung darüber vertagt wurde. Der Mensch ist bereits früher unter dem Namen „von Vergeltung“ bestraft und hat bis jetzt seinen richtigen Namen nicht angegeben; es wird vermutet, daß er der Schloffer Will aus Gerbuden ist.

Soziales

Posen, 22. Oktober.

n. Eine derbe Lektion erhielt gestern auf der Neuenstraße ein Schuhmacher, der eine Kiste auf der Schulter tragend auf dem Trottoir ging und eine Dame heftig anempfehlte. Zwei Zuschauer des Vorfalles waren darüber so empört, daß sie den Schuhmacher mit ihren Stöcken durchprügelten, was einen großen Menschenauflauf veranlaßte.

n. Diebstahl. Am 20. d. Mts. wurde aus der Garderobe des hiesigen polnischen Theaters eine silberne Uhr mit Kette gestohlen.

n. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden eine Dirne, eine Obdachlose, eine total betrunkenen Frauensperson. Vorgeführt wurden zwei Agenten, welche sich längere Zeit in Posen aufhielten und unbefugt Vermittelungs-geschäfte betrieben. — Gefunden: 1 Messer, zwei Taschentücher gezeichnet B. W., eine schwarz-silberne Schleife, ein goldener Ring, eine Kriegsgedenkmünze, ein Denkbuch, eine Damen-Bellertine, ein Kinder-Uhnan. — Verloren: ein Brutel mit 89 M. — Zugelassen: ein Jagdhund mit Marke Nr. 846, ein brauner Jagdhund.

Angelommene Fremde.

Posen, 22. Oktober.

Hotel de Rome. — F. Westphal. (Fernsprech-Anschluß Nr. 109.) Die Kaufleute Arnold, Gewürz, Glaser u. Model a. Berlin, Bestrup u. Löw a. Bremen, Lewy a. Dresden, Ulrich a. Annaberg, Rügner a. Breslau, Berne m. Frau a. Wittom, Frau Dr. Türl a. Koblenz, Frau Rittergutsbesitzer v. Potocka a. Rottlin, Major v. Schaper a. Trossitz, Ingenieur Fischer a. Breslau, Direktor Krause a. Bielefeld, die Kaufleute Frank a. Welschaden, Brzelinski u. Petraschke a. Berlin, Rotkamp a. Amsterd., Strickner, Jacob u. Stelner a. Berlin, Feist a. Göttingen, Süßkind a. Hamburg.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). (Fernsprech-Anschluß Nr. 16.) Rittergutsbesitzer v. Tressow a. Strahow, Antskat Sasse a. Dittow, Steuerrath Leopold a. Danzig, Steuerrath Bielefeld a. Schleswig, Kgl. Kataster-Inspektor Niebel a. Stralsund, die Kaufleute Vithauer a. Schönan, Frankenschwerdt a. Berlin, Teich, Göb, Ohagen, Frau Brühlau, Frau Göb, Waderow u. Kollaczky a. Breslau, Stolmann u. Meier a. Berlin, Näher a. Chemnitz, Cotta a. Breslau, Palm a. Berlin.

Hotel Victoria. (Fernsprech-Anschluß Nr. 84.) Propst Radowicz a. Jaroschin, Rittergutsbesitzer Schläpfer a. Kolbrow, Rentier Schrader a. Benitzin, die Kaufleute Hamel a. Wollfeln u. Heyner a. Berlin, Student Wegert a. Greifswald, Frau Mengedahl a. Chemnitz.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Spelchert u. Frau a. Konigsberg, Sittkowski u. Frau a. Reikowo, Arzt Klimkiewicz a. Bromberg, Rechtsanwalt Hoffmann a. Berlin, Viehlferant Wulff a. Giesemünde, die Besitzer v. Razaroff u. v. Hoffet a. Warschau, die B. öpste Wisniewski a. Koinitz, Gibaskiewicz a. Tressow, Günther a. Kalawa, die Kaufleute Klewenhagen a. Chlubowo, Zborakski a. Bielefeld, Lewy a. Wogrowitz.

Hotel de Berlin. (Fernsprech-Anschluß Nr. 165.) Rittergutsbesitzer Harmel a. Gnesen, Landwirth Rediger a. Köslitzberg, die Kaufleute Krüger a. Kosten, Cohn u. Wegert a. Breslau, Sob a. Halberstadt, Gieschke a. Radzewo, Haag a. Stuttgart, Simon u. Frau a. Pommern.

Theodor Jahns Hotel garni. Lokomotivführer Rauschdorf a. Gogolin, die Kaufleute Wiedemann u. Sachz a. Breslau, Weis a. Gostyn, Ehlerst a. Regantz, Hirsch u. Schindler a. Berlin, Feuer a. Billa.

Keiler's Hotel zum Engl. Hof. (Inhaber M. Kunz.) Die Kaufleute Glaser a. Breslau, Gabriel a. Stettin, Fr. Wittkowski u. Frau a. Kogozinska a. Piotrkow.

C. Ratt's Hotel „Altes Deutsches Haus“. Die Kaufleute Radow a. Stettin, Oldenburg a. Berlin, Ritter u. Tike a. Breslau, v. Spohnack a. Berlin, Freund a. Budapest, Frau v. Knielwaska

